

Policy Brief

01/10

Zehn Thesen für eine politische „Partei mit Zukunft“

Lebendige Mitgliederparteien sind in Deutschland fester Teil des Verfassungsgefüges. Aller inhaltlichen Kritik und Untergangsszenarien zum Trotz gehören sie existenziell zu unserer Demokratie. Verbesserungspotenzial besteht dennoch. Die Autoren, Mitglieder einer interdisziplinär zusammengesetzten Forschungsgruppe, geben hierzu in zehn Thesen konkrete Anregungen.

LEBENDIGE MITGLIEDERPARTEIEN sind existenziell wichtig für das politische Leben im Land. Sie bündeln Meinungen im Prozess politischer Willensbildung und stellen das wichtigste Personalreservoir für die Besetzung politischer Ämter. Tagtäglich engagieren sich Menschen in Parteien. Sie tun dies – allen Unkenrufen zum Trotz – ganz überwiegend nicht aus Eigennutz, sondern aus einem genuinen Gemeinwohlinteresse. Gleichwohl: Während sich neue Formen politischen Engagements regen Zulaufs erfreuen, nimmt die Bereitschaft zum Engagement in Parteien laufend ab. Das ist ein Problem, denn anhaltender Vertrauensverlust und Partizipationsschwund führen zu einem grundlegenden Legitimationsdefizit für die repräsentative Demokratie. Zudem verdeutlicht dies: Nicht allein die Inhalte halten Bürger von politischen Parteien in Deutschland fern und lassen sie apolitisch werden. Es sind vielmehr Form, Struktur und Kultur der deutschen Parteien, die einem stärkeren parteipolitischen Engagement entgegenstehen.

Daher widmet sich dieses Papier in zehn Thesen der Frage, wie sich eine Partei strukturell und organisatorisch zur „Partei mit Zukunft“ verändern kann. Schon ein „Weiter so wie bisher“ verlangt von parteipolitisch Engagierten großen Einsatz. Wir sind uns daher bewusst, dass die Umsetzung innerparteilicher Reformen eine umso größere Herausforderung ist. Flankierende Anstrengungen der Gesellschaft sind für einen Erfolg unabdingbar. Wir sind aber überzeugt, dass sich Reformbereitschaft lohnt – für die jeweilige Partei, weil sie bessere Chancen im Parteienwettbewerb

hat, und für unsere Gesellschaft, in der sich politische Gestaltungsfähigkeit und demokratische Legitimation im Zuge von Veränderungen maximal Geltung verschaffen können.

Die „Partei mit Zukunft“ ist für uns Synonym für eine Partei, die sich der Notwendigkeit organisatorischer und kultureller Veränderung stellt. Hinter dem Begriff steckt nicht der an politische Entscheidungsträger gerichtete Wunsch nach einem leichter verdaulichen parteipolitischen Engagement. Der Begriff nimmt uns vielmehr selbst in die Pflicht. Wir haben es in der Hand, in politischen Parteien aktiv zu werden und in unserem Sinne an ihrer Fortentwicklung mitzuwirken.

Dass und wie innerparteiliche Reformen möglich sind, zeigen Praxisbeispiele, auf die wir in unseren Thesen Bezug nehmen. Das Rad muss häufig nicht neu erfunden, sondern oftmals nur ein wenig weitergedreht werden.

I. Die „Partei mit Zukunft“ katalysiert bürgerschaftliches Engagement

Die „Partei mit Zukunft“ sucht verstärkt den Anschluss an die gesamte Breite der Zivilgesellschaft – was für sie auch heißt, sich auf ihre Herkunft zu besinnen und sich wieder verstärkt ihrem traditionellen politischen Vorfeld zuzuwenden. Da die Zivilgesellschaft sich zunehmend jenseits der klassischen Milieus wie Gewerkschaften, Kirchen und Verbänden organisiert, sucht die „Partei mit Zukunft“ einen intensiveren Austausch auch mit den Organisationen, die keine formale Mitgliedschaft voraussetzen. Dabei ist sich die „Partei mit

Dr. Knut Bergmann
Fellow 2009/2010

Dr. Jannika Bock
Associate 2009/2010

Dr. Guido Brinkel
Associate 2009/2010

Hanno Burmester
Associate 2009/2010

Thomas Hahn
Associate 2009/2010

Michael Okrob
Associate 2009/2010

Dr. Tobias Pohl
Associate 2009/2010

Prof. Dr. Stefan Stieglitz
Associate 2009/2010

Ulrike Weichert
Associate 2009/2010

Dr. Sebastian Zimmermann
Associate 2009/2010

Zukunft“ der Tatsache bewusst, dass sie mit neuen Formen zivilgesellschaftlicher Initiativen nur dann fruchtbar zusammenarbeiten kann, wenn sie deren ausgeprägtes Streben nach Selbstbestimmung und Selbstorganisation respektiert, ihre Eigenständigkeit akzeptiert und Wirksamkeit erfahrbar macht. Hierzu muss sie eigene Steuerungs- und Kontrollreflexe im Zaum halten. Die „Partei mit Zukunft“ setzt zunehmend einen Fokus darauf, Menschen zur Verantwortungsübernahme in ihrem bürgerschaftlichen Umfeld zu ermutigen und zu befähigen. Damit richtet sie ihren Blick stärker auf Strukturen jenseits der eigenen Binnenstruktur und wirkt als Verstärker bürgerschaftlicher Bewegung auch jenseits der eigenen Partei. Sie stützt nicht nur bestehende bürgerschaftliche Organisationen, sondern begründet auch aus den eigenen Reihen heraus zivilgesellschaftliche Projekte. Die „Partei mit Zukunft“ erkennt, dass solche Initiativen vor allem dann akzeptiert werden, wenn sie konkreten Sachanliegen dienen und als selbstständige Organisationen geführt und wahrgenommen werden. Die Parteinähe der Organisatoren wiederum führt bürgerschaftlich Engagierte idealerweise an die Partei heran. So geschieht es zum Beispiel beim Projekt „Stark ohne Gewalt“ in Berlin-Spandau.

Der enge Austausch mit bürgerschaftlich Engagierten auf Augenhöhe erhöht die Akzeptanz von Parteien und die Problemlösungskompetenz im lokalen Bereich – die generelle Revitalisierung von Kommunalpolitik ist eine wünschenswerte Folge. Hierzu tragen auch Maßnahmen bei, die Menschen unterstützen und befähigen, ihre Rechte wahrzunehmen und Pflichten zu erfüllen, beispielsweise Projekte wie die (allerdings nicht von einer Partei initiierte) Bürgerplattform Wedding-Moabit in Berlin. Die Bereitstellung von Informationen spielt hierbei eine zentrale Rolle. Ein gelungenes Beispiel ist die „Grüne Alternative Zeitung“ in Bamberg, die alle Einwohner der Stadt mit nützlichen Informationen abseits des Partei-

politischen versorgt, unabhängig von der Parteizugehörigkeit der Leser. Im Umgang mit neuen bür-

Die „Partei mit Zukunft“ setzt zunehmend einen Fokus darauf, Menschen zur Verantwortungsübernahme in ihrem bürgerschaftlichen Umfeld zu ermutigen und zu befähigen.

gerschaftlichen Akteuren hat die „Partei mit Zukunft“ vor allem eines erkannt: Nur wenn sie Verantwortung teilt und in gewissem Umfang Steuerungsverluste in Kauf nimmt, kann sie in einer sich immer stärker ausdifferenzierenden Gesellschaft gestalten.

II. Die „Partei mit Zukunft“ fördert unterschiedlichste Formen der Partizipation

Auch zukünftig sind aktive Mitglieder für Parteien unverzichtbar. Sie fungieren als notwendige Multiplikatoren, Kompetenz- und Personalressource sowie als unmittelbare Rückkoppelungsmöglichkeit für die Funktionärebene. Sie dienen nicht nur als der „ideologische Kern“, den jede Partei für ein klares Profil benötigt, sondern auch dazu, in schwierigem Fahrwasser Stabilität zu wahren. Die „Partei mit Zukunft“ weiß, dass auf immer vielfältigere Lebensentwürfe zunehmend unterschiedliche Erwartungen an eine Parteimitgliedschaft folgen. Dem trägt sie mit einem flexibleren Mitgliedschafts- und Mitmachverständnis Rechnung.

Der enge Austausch mit bürgerschaftlich Engagierten auf Augenhöhe erhöht die Akzeptanz von Parteien und die Problemlösungskompetenz im lokalen Bereich – die generelle Revitalisierung von Kommunalpolitik ist eine wünschenswerte Folge.

Um die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite zu erreichen und die Expertise von Mitgliedern und Sympathisanten bestmöglich zu nutzen, sprechen Veranstaltungsformate der „Partei mit Zukunft“ zum Beispiel gestresste Manager ebenso an wie Vollblut-Kommunalpolitiker, junge Familien und

Frührentner. Hierfür ist ein neues Nebeneinander von projektartigem Engagement und klassischer Parteiarbeit erforderlich. Der Ortsverein bleibt ein wichtiger kultureller Kristallisationspunkt für das innerparteiliche Leben – Voraussetzung für inhaltlich-programmatische Mitarbeit ist er nicht.

Die „Partei mit Zukunft“ weiß: Verschiedene Formen des Engagements innerhalb derselben Partei widersprechen einander nicht, sondern ergänzen sich. Beispiele und konkrete Vorschläge:

- Virtuelle Mitgliedschaften und Verbände geben auch mobilen Menschen eine Chance auf nachhaltiges parteipolitisches Engagement. Sie müssen nicht in jedem Ort bei null anfangen.
- Wünschenswert ist eine lebendige Kultur von themenbezogenen Arbeitskreisen, die politischen Interessen der Mitglieder Rechnung trägt.
- Überparteiliche Wochenend-Workshops der Jugendorganisationen machen Debattenkultur plastisch und spannend.
- Es sollte eine unmittelbare Mitgliedschaft in Europäischen Parteiverbänden wie z.B. der Europäischen Volkspartei ermöglicht werden.
- Differenzierte Auslandsverbände binden „Expats“ besser ein.
- Schnuppermitgliedschaften und Mitgliedschaften auf Zeit bauen Hemmschwellen ab.
- In „Boot Camps“ erarbeiten Parteimitglieder unter Leitung von Spitzenpolitikern ihre Strategien und Positionen.

III. Die „Partei mit Zukunft“ besitzt durchgängig hohe Standards im Umgang mit Neumitgliedern und Interessenten

Der richtige Umgang mit Neumitgliedern, Gastmitgliedern und Interessenten ist von überragender Bedeutung für Parteien. Denn die Erwartungen neuer Mitglieder sind groß, ebenso wie die Gefahr, dass sie als „Karteileiche“ enden. Der Erfolg einer kommunalen Parteigliederung misst sich nicht an der Zahl der (neuen) Mitglieder,

sondern an der Zahl aktiver Mitstreiter. Entscheidend ist, dass die Neu(gierig)en schnell bemerken, dass sie etwas bewegen können. Für die „Partei mit Zukunft“ ist daher oberstes Gebot, sie rasch in die politische Arbeit einzubinden. Dies gelingt nur,

Erfolg einer kommunalen Parteigliederung misst sich nicht an der Zahl der (neuen) Mitglieder, sondern an der Zahl aktiver Mitstreiter. Entscheidend ist, dass die Neu(gierig)en schnell bemerken, dass sie etwas bewegen können.

wenn die Partei ihre Mitglieder schnellst- und bestmöglich kennen lernt. Eine dauerhafte Beziehung mit Neumitgliedern scheitert meist an falschen oder überzogenen Erwartungen. Diese aber kann man managen. Neumitgliederpflege ist zu wichtig, als dass sie den Zufällen der jeweiligen Ortsverbandskultur überlassen werden sollte. Daher beansprucht die „Partei mit Zukunft“ bei diesem Thema – ausnahmsweise – mehr zentrale Steuerung. Konkret heißt das:

- Einheitliche, konkrete und unverzügliche Antworten auf Anfragen oder Beitrittswünsche drücken Wertschätzung gegenüber Neumitgliedern oder Interessenten aus. Maßstäbe setzte hier die Präsidentschaftskampagne von Barack Obama.
- Persönliche Begrüßung jedes Neumitglieds. Dieses kann mittels eines Fragebogens eingehend über seine Person, Interessen und Fähigkeiten Auskunft geben.
- Jedem Neumitglied steht ein Mentor zur Seite. Mentorenschulung durch die Parteien (Beispiel: SPD Hamburg-Nord).
- Der Mentor bietet dem Neumitglied ein ausführliches Begrüßungsgespräch an. Darin informiert er oder sie über Partizipationsmöglichkeiten und managt Erwartungen.
- Veranstaltungen für Neumitglieder entfalten Bindungswirkung, wenn sie politische Gestaltungsmöglichkeiten konkret sichtbar machen.

Zum Beispiel wenn ein Parteigremium Positionen von Neumitgliedern zu aktuellen Vorhaben zum Gegenstand der nächsten Beschlussfassung macht. Empfehlenswert sind Konferenzen für Neumitglieder mit klarem thematischen Fokus.

- Landesverbände vergeben Preise an Ortsverbände für besonders gute und innovative Neumitgliederarbeit.
- Transparenz und detaillierte Dokumentation der inhaltlichen Diskussion bzw. gefassten Beschlüsse sind jedoch genauso erforderlich, um die aktive Mitarbeit der (neuen) Mitglieder zu fördern. Beispiel: „Piratenwiki“ der Piratenpartei.

IV. Die „Partei mit Zukunft“ erlaubt kommunikative Durchlässigkeit und Transparenz

Politisch Engagierte gehen zunehmend in Organisationen, in denen inhaltliche Mitwirkung tatsächlich und sichtbar möglich ist. Die „Partei mit Zukunft“ erkennt deshalb, dass ihre größte Chance in der Öffnung von Debatten und Entscheidungsprozessen liegt. Meinungsvielfalt nimmt sie als Gewinn wahr, nicht als Zeichen mangelnder innerer Geschlossenheit. Die „Partei mit Zukunft“ bindet Mitglieder verstärkt in Entscheidungsfindungsprozesse ein. Diskussionen über politische Inhalte geht kein Beschluss der Parteiführung voran, wie heute oftmals praktiziert. Für einzelne Mitglieder bestehen tatsächliche Mitwirkungsmöglichkeiten bei inhaltlichen Diskussionen, die Verbindlichkeit für die Partei aufweisen. Die „Partei mit Zukunft“ weiß aber auch, dass ihre Basis ein feines Sensorium dafür hat, ob sie ernst genommen wird. Placebo-Debatten, deren Ergebnisse für die Parteiführung keine Rolle spielen, schaden ihr daher nachhaltig. Konkret heißt das:

- Mitdiskutieren kann nur, wer Termine kennt: Die „Partei mit Zukunft“ stellt eine klar verständliche und regelmäßig gepflegte Veranstaltungsübersicht online. So banal es klingen mag,

ist dies bisher selten der Fall. Eine Online-Dokumentation von Diskussionsergebnissen und Beschlüssen fördert die breitere Beteiligung an Debatten.

- Wer Nichtmitgliedern Einblicke in inhaltliche Arbeit gibt, erschließt sich Expertise jenseits der eigenen Kreise. Einen ersten Schritt stellt die Online-Konferenz der SPD dar, die zur Diskussion eines zuvor klar definierten Themas aufrief.
- Die „Partei mit Zukunft“ pflegt mit Mitgliedern, politischem Umfeld und Interessierten anderer politischer Lager einen offenen Diskurs. Die

Für die „Partei mit Zukunft“ erfüllt der Internet-Auftritt keinen Selbstzweck. Sie nutzt ihre inhaltlich zugespitzten und konkreten Angebote zur Profilschärfung, Identifizierbarkeit und Abgrenzung als politische Willensbildungsinstitution gegenüber anderen Akteuren.

vielfach schon bestehenden Print-Angebote im Umfeld der Partei nutzt sie in diesem Sinne besser. Politische Stiftungen nimmt sie nicht als Unruhestifter, sondern als Debattenplatz wahr. Auf diese Weise besetzt sie Themen jenseits ihres Mainstreams und adressiert damit Interessenten außerhalb des bisherigen Einzugsgebiets. Öffnung und Vielfalt bedeuten nicht automatisch das Gegenteil von innerparteilicher Geschlossenheit.

V. Die „Partei mit Zukunft“ nutzt das Netz zur Profilschärfung

Die „Partei mit Zukunft“ kommt zum Wähler – im Ortsverein wie im Netz. Nur reicht der virtuelle Info-Stand hier nicht aus. Das Broschüren-Denken der Vor-Internet-Zeit prägt die Eigendarstellung von Parteien noch stark. Online-Kampagnen orientieren sich dagegen zu sehr am Standardmodell der Wahlkampagne.

Für die „Partei mit Zukunft“ erfüllt der Internet-Auftritt keinen Selbstzweck. Sie nutzt ihre inhaltlich zugespitzten und konkreten Angebote

zur Profilschärfung, Identifizierbarkeit und Abgrenzung als politische Willensbildungsinstitution gegenüber anderen Akteuren. Der zunehmende Erfolg von E-Partizipations-Plattformen wie E-Petition, abgeordnetenwatch.de, wahl.de oder avaaz.org zeigt: Bürger agieren auch im Internet politisch und lassen sich mobilisieren. 100-Seiten-Programme gehen aber in der Aufmerksamkeitsökonomie des Netzes unter. Nur die konkrete Kampagne mobilisiert. Wenn eine klare Botschaft im Vordergrund steht und nicht die Institution Partei, spielt das Netz seine maßgebliche Stärke, die Viralität, aus. E-Partizipation ist dort erfolgreich, wo eine unmittelbare Wirkung sichtbar ist. Die Generierung von Wirkungsversprechen in thematischen Kampagnen ist daher Teil der eigenen Kampagnenkompetenz.

Die „Partei mit Zukunft“ nutzt das Internet auch, um Inhalte und Positionen stärker zu vernetzen und ihre Weiterverbreitung zu erleichtern. Dies dient der Auseinandersetzung mit eigenen Positionen und der Transparenz in Diskussionen, auch wenn diese außerhalb des Kontrollbereichs der Partei stattfinden, zum Beispiel in Blogs. In der Vernetzung und Auseinandersetzung liegt eine Chance der Diskussion von Bürgern mit der Partei statt über sie.

Die „Partei mit Zukunft“ setzt das Prinzip E-Partizipation nach denselben Maßstäben auch intern um. Sie begreift das Internet als Chance, das strikte Örtlichkeitsprinzip der Parteiorganisation zugunsten flexibler Kollaborationsinstrumente zu lockern und das inventive Potenzial der Mitglieder zu nutzen. Online-Partizipation stärkt innerparteiliche Demokratie, erhöht die Durchlässigkeit von der Basis zur Spitze und kann lokale Verwurzelungen stärken. Nach innen gelten die gleichen Erfolgskriterien; auch hier bedarf es vor allem eines Wirkungsversprechens. Wer virtuelle Landesverbände schafft, muss diesen Befugnisse geben. Wer Standpunkte zur Diskussion stellt, muss die Ergebnisse umsetzen. Konkrete Vorschläge:

- Besinnung auf die Lokalebene, wo Politik nah an der Lebenswirklichkeit der Menschen agiert. Klare, prägnante Botschaften greifen konkrete Bürgeranliegen auf und transportieren sie in Kampagnenform im Netz und auf der Straße weiter – auch außerhalb des Wahlkampfs.
- Gestaltung eines freien und einfachen Zugangs zu Informationen. Termine und Veranstaltungskalender verbergen sich nicht in PDF-Dateien, sondern sind nach Regeln des semantischen Webs für Dritte durch Standardformate wie zum

Online-Partizipation stärkt innerparteiliche Demokratie, erhöht die Durchlässigkeit von der Basis zur Spitze und kann lokale Verwurzelungen stärken. Nach innen gelten die gleichen Erfolgskriterien; auch hier bedarf es vor allem eines Wirkungsversprechens.

Beispiel iCal leicht nutzbar. Andere Netzteilnehmer erhalten damit die Möglichkeit, diese Daten automatisiert weiterzuverarbeiten und zu neuen Angeboten zusammenzustellen. Das Einräumen entsprechender Nutzungsrechte, zum Beispiel mit Creative-Commons-Lizenzen, sichert eine solche Vernetzung ab.

- Kontroversen und Standpunkte werden gezielt transparent und allen zugänglich gemacht. Das Experimentieren mit neuen Formen der innerparteilichen Entscheidungsfindung, etwa nach Vorbild des Liquid-Democracy-Konzepts, beginnt in den teils schon bestehenden virtuellen Parteiuntergliederungen. Diese sind das Experimentierfeld für die Praxistauglichkeit netzbasierter Konzepte des partizipativen Parlamentarismus.

VI. Die „Partei mit Zukunft“ befähigt ihre Mitglieder

Die „Partei mit Zukunft“ unterstützt ihre Mitglieder dabei, Führungsverantwortung zu übernehmen. Sie bezieht dabei alle Managementebenen der Partei ein, nicht nur die obersten Führungs-

kräfte. Im Fokus stehen dabei zielgerichtete Weiterbildungsangebote, die demokratisches Handeln und partizipative Führung in den Mittelpunkt stellen. Die SPD Hamburg-Nord hat eigens dafür die Bildungsreihe „Wissen ist Macht“ ins Leben gerufen.

Die „Partei mit Zukunft“ hält an Förderprogrammen zur Schulung des eigenen Führungsnachwuchses fest. Damit verknüpft sie demokratische und informelle Formen der Rekrutierung des Führungsnachwuchses mit Personalentwicklungsinstrumenten, wie sie in Unternehmen zum Einsatz kommen. Die „Partei mit Zukunft“ ist sich des damit einhergehenden Spagats bewusst und vermeidet, dass Personalentwicklungsinstrumente einen abschottenden Effekt haben und demokratische Prozesse unterminieren. Vielmehr nutzt sie solche Programme, um Defizite einer ausgeprägten parteipolitischen Sozialisation gezielt zu begegnen. Ihr geht es bei Förderprogrammen daher weniger um die Vermittlung praktischer Fähigkeiten wie Rhetorik oder Pressearbeit. Die Programme stoßen vor allem eine Reflexion der eigenen Rolle an, etwa durch die gezielte Befähigung zum politischen Diskurs mit Andersdenkenden. Konkret könnte dies heißen:

- Die SPD-Parteischule hält einen Workshop zur volkswirtschaftlichen Bedeutung von Venture Capital mit Mitarbeitern eines Private-Equity-Unternehmens ab.
- Die CSU-Akademie wird mit einem Beratungsprojekt beauftragt, wie die CDU in Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg bei den nächsten Wahlen 25 Prozent erreicht.

VII. Die „Partei mit Zukunft“ betreibt verantwortungsbewusste Nachwuchsarbeit

Die „Partei mit Zukunft“ engagiert sich in parteiübergreifender Nachwuchsarbeit. In ihrem Werben für das Politische gegenüber jungen Menschen arbeitet sie zumindest auf kommunaler Ebene

punktuell mit anderen Parteien zusammen. Sie führt parteiübergreifende Veranstaltungen und Kampagnen durch, um politisches Interesse bei Jugendlichen zu wecken, ohne zugleich das Bekenntnis zu einer Partei einzufordern. Akteure auf der Landes- oder Bundesebene schließen gemeinsame Aktionen zwischen Parteien, bei

Ziel jeglicher Nachwuchsarbeit ist die pädagogische Begleitung von politisch engagierten Jugendlichen, um kritisch-politisches Denken zu fördern. Die „Partei mit Zukunft“ weiß um die Gefahren einer „Déformation professionnelle“ bei intensivem frühen politischen Engagement.

denen für mehr (partei-)politisches Engagement geworben wird, nicht von vornherein aus. Beispielgebend für eine solche Kooperationen im gemeinsamen Interesse ist die „Gemeinsame Erklärung zur staatlichen Finanzierung“ der politischen Stiftungen.

Ziel jeglicher Nachwuchsarbeit ist die gezielte pädagogische Begleitung von politisch engagierten Jugendlichen, um kritisch-politisches Denken zu fördern. Die „Partei mit Zukunft“ weiß um die Gefahren einer „Déformation professionnelle“ bei intensivem frühen politischen Engagement. Umso mehr achtet sie darauf, dass politisches Engagement junger Leute einer adäquaten beruflichen Qualifikation nicht entgegensteht. Konkret hieße das:

- Jugendorganisationen erwägen aus Gründen des „Selbstschutzes“ Ämterbeschränkungen.
- Politische Bildung und Nachwuchsarbeit sind Führungsaufgaben, an denen sich die Spitzenpolitiker messen lassen müssen – zum Beispiel indem die Satzung vorsieht, dass sie ihre Arbeit zugunsten der Nachwuchsförderung bei Bewerbungen zu Wahlämtern erläutern müssen.
- Gerade die frühe Phase des politischen Engagements Minderjähriger sollte intensiv durch ge-

zielte politische Bildung, zum Beispiel durch die politischen Stiftungen, flankiert werden.

VIII. Die „Partei mit Zukunft“ befördert innerparteiliche Innovation

Weit reichende Veränderungsprozesse anzustoßen und erfolgreich durchzuführen ist eine Herausforderung für jede große Organisation. Trotz ihrer Besonderheiten ähneln die Erfahrungen der politischen Parteien denen anderer Institutionen im öffentlichen und privaten Raum. Insbesondere den Funktionsträgern auf der mittleren Führungsebene kommt bei der Gestaltung dieser Prozesse eine spezielle Verantwortung zu, im Fall der Parteien zum Beispiel den Vorsitzenden und Geschäftsführern auf Kreis- oder Bezirksebene. Gerade sie aber haben oft keinen Anreiz, Veränderungen zu unterstützen. Vorteile von Veränderungsprozessen stellen sich für sie zumeist erst langfristig ein – die Nachteile für das mittlere Management hingegen sofort, zum Beispiel eine veränderungsbedingte Mehrarbeit. Die „Partei mit Zukunft“ stärkt diesen Verantwortungsträgern daher gezielt den Rücken, indem sie vier Dimensionen des Veränderungsmanagements adressiert: Notwendigkeit der Veränderung, Fähigkeiten zu deren Umsetzung, gezielte Belohnung für Innovation sowie Orientierung an Vorbildern auf gleicher Ebene („Peers“), die bestimmte Neuerungen bereits erfolgreich umgesetzt haben.

Um innerparteiliche Innovation zu fördern, sind folgende Maßnahmen konkret denkbar – und werden zum Teil bereits realisiert:

- Gezielte Würdigung vorbildlicher und wegweisender Aktivitäten von Ortsvereinen auf einem Bundesparteitag, wie dies die SPD beispielsweise mit dem „Wilhelm-Dröscher-Preis“ tut.
- Ein eigenes Online-Forum bietet Funktionsträgern umfassende Informationen zu bereits erfolgreich umgesetzten Neuerungen.
- Materielle Anreize spornen Ortsvereine zu

Veränderungen an, wie die von der FDP Bayern als Belohnung praktizierte Ausgabe von Werbemittelgutscheinen.

- Parteinaher Stiftungen geben – möglicherweise sogar gemeinsam – ein „Jahrbuch Innovative Parteiarbeit“ heraus.

IX. Die „Partei mit Zukunft“ benötigt einen flexibleren Rechtsrahmen

Die „Partei mit Zukunft“ benötigt einen flexibleren Rechtsrahmen, als es die aktuell gültigen Parteien- und Wahlgesetze zulassen. Vielversprechende Ideen wie Vorwahlen („Primaries“) oder Schnuppermitgliedschaften mit vollen Mitgliedsrechten

Die „Partei mit Zukunft“ stärkt Verantwortungsträgern gezielt den Rücken, indem sie vier Dimensionen des Veränderungsmanagements adressiert: Notwendigkeit der Veränderung, Fähigkeiten zu deren Umsetzung, Belohnung für Innovation sowie Orientierung an Vorbildern auf gleicher Ebene, die bestimmte Neuerungen bereits erfolgreich umgesetzt haben.

benötigen veränderte juristische Voraussetzungen. Aus diesem Grund ist eine Reform von Parteien- und Wahlrecht erforderlich, was die Parteien idealerweise als gemeinsames Interesse zur Sicherung künftiger Akzeptanz verstehen.

Das geltende Parteiengesetz widerspricht teilweise schlicht der gesellschaftlichen Realität. Ein Blick auf das strenge Örtlichkeitsprinzip der Parteigliederungen macht dies besonders deutlich. Es trägt wachsender Mobilität und neu hinzugekommenen Partizipationsmöglichkeiten (vor allem durch das Internet) nicht einmal im Ansatz Rechnung. Es führt zu einer hierarchischen Parteistruktur, deren Unzeitgemäßheit potenzielle Parteiaktivisten abschreckt und zu parteiexternen Organisationen abdrängt.

Ein reformiertes Parteiengesetz trägt somit einem flexibilisierten Mitgliedschaftsbegriff Rech-

nung. Auch ortsungebundene Mitglieder wollen sich mit politisch-programmatischen Ideen am Parteigeschehen beteiligen und in Entscheidungsgremien repräsentiert wissen. Ein Weg hierzu ist die Aufwertung der „bundesunmittelbaren Mitgliedschaft“. Die Rekrutierung der Parteitagsdelegierten aus den Gliederungen erfährt durch per Online-Abstimmung gewählte bundesunmittelbare Mitglieder eine Ergänzung. Je größer der Anteil der bundesunmittelbaren Mitglieder an der Gesamtmitgliederzahl, desto größer ist auch ihr Prozentsatz unter den Parteitagsdelegierten. Ziel ist nicht etwa „Abkürzung“ zu politischen Ämtern, sondern Chancengleichheit. Die „Partei mit Zukunft“ ermöglicht mit einem flexibleren Rechtsrahmen und einer Aufwertung der bundesunmittelbaren Mitgliedschaft zusätzliche Partizipationsformen. Denkbar ist dies auch für Parteien auf Länder- und Europaebene.

X. Die „Partei mit Zukunft“ ist Klarheit und Leidenschaft verpflichtet

Die Vertreter der „Partei mit Zukunft“ sprechen Klartext, und sie trauen dem Bürger zu, mehr Ehrlichkeit zu ertragen. Dazu überwinden sie die Vorstellung einer Allzuständigkeit und finden den Mut, Grenzen des eigenen Handelns zu kommunizieren. Und sie finden eine Balance, welche die „Partei mit Zukunft“ kennzeichnet: Auf der einen Seite weist sie die notwendige Professionalität auf, die komplexe Sachverhalte verlangen; auf der anderen Seite vermag sie, möglichst viel von der dynamischen Problemlösungskompetenz an der Basis und dem pragmatischen Ethos der Kommunalpolitik in die Parteispitze zu vermitteln. Nur der möglichst kurze Draht zu den „amateurhaften Rändern“ der Partei sichert Leidenschaft, Ernsthaftigkeit, Idealismus und Experimentierfreude. In einer Medienlandschaft, die nicht aus jeder Diskussion eine innerparteiliche Machtprobe macht, dürfte Parteien eine Rückbesinnung auf diese Tugenden leichter fallen.

Solange bei den Bürgern der Eindruck entsteht, echte Emotion sei in höheren politischen Ebenen nicht zu finden, glaubt kaum ein Wähler daran, dass sich Politiker ernsthaft für sein Anliegen inte-

Die politischen Parteien haben in der Geschichte der Bundesrepublik viel Gutes geleistet. Das sollte ihnen das notwendige Selbstbewusstsein geben, um sich mit aufrichtigem Interesse den nicht kleiner werdenden Sorgen und Nöten der Menschen in Deutschland und ihren Erwartungen an eine gestaltungsfähige Politik zu stellen.

ressiert. Dies ist jedoch Grundvoraussetzung für wieder wachsendes Vertrauen. Dazu müssen Parteien leidenschaftliches Personal auch „ertragen“.

Die politischen Parteien haben in der Geschichte der Bundesrepublik viel Gutes geleistet. Das sollte ihnen das notwendige Selbstbewusstsein geben, um sich mit aufrichtigem Interesse den nicht kleiner werdenden Sorgen und Nöten der Menschen in Deutschland und ihren Erwartungen an eine gestaltungsfähige Politik zu stellen. Die gelegentlich aufkeimende „Bevölkerungsverdrossenheit“ in den politischen Rängen darf keinen Platz in unserem Gemeinwesen haben.

So naiv diese Wünsche anmuten mögen – es bedarf nicht weniger als einer Veränderung unserer politischen Kultur.

Impressum

Alle Rechte vorbehalten.
Abdruck oder vergleichbare Verwendung von
Arbeiten der *stiftung neue verantwortung* ist
auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher
Genehmigung gestattet.

Der Policy Brief gibt ausschließlich die persönliche
Auffassung der Autoren wieder und entspricht
nicht notwendigerweise der Meinung der *stiftung
neue verantwortung*.

© stiftung neue verantwortung, 2010

stiftung neue verantwortung e. V.
Beisheim Center
Berliner Freiheit 2
10785 Berlin
T. +49 30 81 45 03 78 80
F. +49 30 81 45 03 78 97
www.stiftung-nv.de
info@stiftung-nv.de

Konzept und Gestaltung:
Prof. Dr. h. c. Erik Spiekermann
Edenspiekermann AG

Layout:
enoto Medienbüro Berlin

Kostenloser Download:
www.stiftung-nv.de

Über uns

Die *stiftung neue verantwortung* fördert das interdisziplinäre und sektorübergreifende Denken entlang den wichtigsten gesellschaftspolitischen Herausforderungen im 21. Jahrhundert. Durch ihr Fellow- und Associate-Programm bringt die Stiftung junge Experten und Vordenker aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zusammen, die in zeitlich befristeten Forschungsprojekten neue Ideen und Lösungsansätze entwickeln und diese durch Publikationen und auf Veranstaltungen in den öffentlichen Diskurs einbringen.

Arbeitsweise

Die stetig komplexer werdenden Anforderungen einer Multi-Stakeholder-Gesellschaft verlangen ein die Grenzen von Disziplinen und Sektoren überwindendes Denken und Handeln. Das Zusammenführen von Experten und Vordenkern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft schafft das Fundament für eine bestmögliche Analyse und Lösung schwieriger Zukunftsfragen. In unseren Projektteams treffen kontroverse Denkstile, Fragestellungen und Betrachtungsweisen aufeinander. Über trennende Fächer- und Organisationsgrenzen hinweg erschließen sich die Projektteams strategisches Fach- und Führungswissen und erarbeiten konstruktive Lösungen. Jedes Projektteam wird von einem Fellow geleitet, der mit Associates zusammenarbeitet. Die Zusammenstellung jedes Teams hängt von der für eine erfolgreiche Projektarbeit relevanten Themen-, Praxis- oder Prozessexpertise seiner Mitglieder ab.

Weitere Informationen unter: www.stiftung-nv.de